



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

Schulversuch „Digitale Schule der Zukunft“ eigenverantwortlich gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den im Haushaltsentwurf 2022 erstmals mit 16 Mio. Euro eingeplanten Schulversuch dahingehend zu gestalten, dass die teilnehmenden Schulen möglichst eigenverantwortlich über den bestmöglichen Einsatz digitaler Innovationen bei sich entscheiden können.

Dazu sollen die für den Schulversuch bereitstehenden Mittel nach einer an der Schülerzahl orientierten Berechnung auf die einzelnen Schulen in Form eines Gesamtbudgets übertragen werden, über welches vor Ort möglichst ohne Genehmigungsprozesse direkt verfügt werden kann. Die Schulen sollen statt bürokratischer Vorgaben mit wissenschaftlicher Begleitung klar messbare Zielvereinbarungen treffen und ggf. auch bei der Umsetzung ihrer Digitalisierungsprojekte unabhängig vom Sachaufwandsträger handeln können.

Begründung:

Die Förderung der Digitalisierung über den Digitalpakt und seine Zusatzvereinbarungen hat sich in der Praxis als zu bürokratisch und schwerfällig erwiesen. Mittel für die IT-Administration beispielsweise sind trotz Ankündigung im Juli 2020 bis heute zu 99 Prozent noch nicht einmal beantragt worden.

Die Mitverantwortung mehrerer politischer Ebenen hat zu einer sehr zähen Entscheidungsfindung und der Diffusion von Verantwortung geführt. Im Rahmen des nun geplanten Schulversuchs sollte deshalb die Chance genutzt werden, eine neue Vertrauenskultur gegenüber den Schulen mit klarer Ergebnisverantwortung vor Ort zu erproben und über die bekannten Strukturen hinaus zu arbeiten.